

Kapitel 1

Grundlagen und Perspektiven für örtliche und regionale Familienpolitik (Rudolf Karl Schipfer)

Gemeinden brauchen Familien - Familien brauchen Politik	9
Partnerschaft, Kinder, Verpflichtungen - Familie!	9
Familie und ihre Aufgaben	9
Familie im 20. Jahrhundert	9
Familie im 21. Jahrhundert	9
Familie und Beruf	10
Elternschaft und Kinder	10
Die strukturelle Rücksichtslosigkeit	10
Demographische Entwicklung und gesellschaftlicher Wandel	11
Weniger Geburten und mehr alte Menschen	11
Entwicklung der Geburtenrate in Österreich	11
Entwicklung der Lebendgeburten in Österreich	11
Bevölkerungsentwicklung in Österreich	12
Bevölkerungsveränderung nach Altersgruppen	12
Veränderung der Altersgruppen der 80-jährigen und ältere Personen	12
Mehr Alleinstehende und weniger Paare mit Kindern	13
Kernräume wachsen und Randgebiete schrumpfen	13
Entwicklung von Mehrpersonenhaushalten nach Bezirken bis 2031	13
Die wirtschaftliche Basis prägt die Entwicklung	14
Fertilität und das Familiennetzwerk	14
Aspekte von Familienpolitik	14
Was ist Familienpolitik	14
Familienpolitik in Österreich	15
Nachhaltigkeit in der Familienpolitik	15
Die Ebenen der Familienpolitik	15
Rechtliche Rahmenbedingungen	15
Politik trifft Alltag	16
Familienpolitische Handlungsfelder	16
Politik für die Generationen	16
Der Gegensatz zwischen Stadt und Land	17
Familie als Standortfaktor	17
Familie und Wirtschaftsentwicklung	17
Familie ist ortsgebunden	17
Ein eigener Weg für jede Gemeinde	18
Literatur	18



Grundlagen und Perspektiven für örtliche und regionale Familienpolitik

Rudolf Karl Schipfer

Gemeinden brauchen Familien - Familien brauchen Politik

Partnerschaft, Kinder, Verpflichtungen - Familie!

Familienurlaube, Familienpackungen, Familienfreundlichkeit, Familienauto, Familienmanager, Familienhotel, Familienforschung und Familienpolitik. Familie begegnet uns in den unterschiedlichsten Zusammenhängen, Formen und Zugängen, aber ist mit "Familie" wirklich immer das Gleiche gemeint?

Familie ist eine soziale Beziehungseinheit, die durch Intimität und intergenerationale Beziehungen gekennzeichnet ist. Grundlegende innere Merkmale für eine Familie sind Partnerschaft, Kinder und – daraus resultierend – soziale Verpflichtungen. Zusätzlich wirken auch äußere Einflüsse wie die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen mehr oder weniger stark auf Familien ein und prägen sie. (Petzold 2001, S. 2)

Familie und ihre Aufgaben

Für die Menschen ist die Familie heutzutage primär ein Ort zur Erholung und um Freizeit gemeinsam zu verbringen. Deshalb sind die Beziehungen der Familienangehörigen untereinander viel mehr emotionell und immer weniger zweckorientiert geprägt. Für die Gesellschaft erfüllt die Familie als wesentliche Aufgabe die so genannte Sozialisation, die Weitergabe von grundlegenden, in der Gesellschaft gültigen Handlungs-, Denk-, Normen- und Wertemustern an den Nachwuchs und die Anpassung des Nachwuchses an diese grundlegenden Muster. (Nave-Herz 1999, S. 130–133)

Familie im 20. Jahrhundert

Familie ist ein dynamisches System, das seine Strukturen und Funktionen kontinuierlich verändert, wie ein Blick zurück in die 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts zeigt. In den 1960er Jahren dominierte das Kernfamilienideal. Mit diesem Ideal verbunden waren eine hohe Fertilitätsrate in der so genannten "Baby-Boom-Phase", ein historisch einmalig niedriges Heiratsalter sowie eine hohe Ehestabilität. In den 1970er Jahren zeigt sich eine tiefgreifende Veränderung. Die Qualität der eigenen Partnerschaft wurde wichtig, die Bedeutung eigener Kinder ging zurück. Damit verbunden waren eine Zunahme der Scheidungszahlen und der Rückgang der Geburtenzahlen. Zudem wurden die traditionellen Rollenvorstellungen brüchig. Die Anforderungen von Arbeit und Konsum verstärkten sich und standen individuellen bzw. familialen Entwicklungen oft völlig gegensätzlich gegenüber. Trotz des tiefgreifenden Wandels der Familien-, Haushalts- und Lebensformen sind Familie, Partnerschaft und Elternschaft nach wie vor sehr hoch geschätzte Werte. (Schipfer 2009, S. 20-22 / Nave-Herz 2000, S. 20).

Familie im 21. Jahrhundert

Das in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts vorherrschende Modell der Eltern-Kinder-Kernfamilie wird zu Beginn des 21. Jahrhunderts nach und nach abgelöst durch die "multilokale Mehrgenerationen-Familie". Das Familienleben von Großeltern, Eltern, Kindern und Enkeln spielt sich nicht

mehr nur in einem gemeinsamen Haushalt ab, Familien- und Generationenbeziehungen bleiben über verschiedene Haushalte und Wohnorte hinweg aufrecht. Die Familie des 21. Jahrhunderts ist ein dynamisches Netzwerk, das durch Abstammung oder Heirat bzw. Lebenspartnerschaft verbundene Personen auch über Haushaltsgrenzen hinweg umfasst. (Berttram 2003, S. 27–28)

Familie und Beruf

Gänzlich aus der Familie ausgelagert wurde in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die ökonomische Existenzsicherung im Sinne der Erwerbstätigkeit. Verstärkt wird diese Entwicklung durch eine Neudefinition der Geschlechterrollen verbunden mit einer Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit. Für die Menschen bedeutet dies, dass sich die Lebensbereiche Familie und Erwerbstätigkeit völlig diametral entwickelten. Das gegenwärtige vorherrschende Familienbild versucht nunmehr, dem entgegen zu wirken und fordert die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbstätigkeit. Damit Menschen Elternschaft, Kinder und Erwerbstätigkeit vereinbaren können, muss beispielsweise von Ländern und Gemeinden die Kinderbetreuung sichergestellt werden – und zwar so, dass möglichst beide Elternteile ganztags berufstätig sein können. Die Kindererziehung aber wird somit, zumindest zum Teil, zur öffentlichen Aufgabe. (Nave-Herz 1999, S. 130–133)

Elternschaft und Kinder

Der Wandel der Familie und ihrer Funktionen spiegelt sich auch im Zusammenhang mit Elternschaft und Kindern wider. Besonders deutlich zeigt sich das im Rückgang der Geburtenzahlen. Dem Geburtenrückgang liegt dabei ein vielschichtiges Ursachengefüge zugrunde, das in alle Ebenen von Staat und Gesellschaft hineinreicht. Die stärkere Bildungs- und Erwerbsorientierung hat es mit sich gebracht, dass die Verwirklichung eines Kinderwunsches oftmals weit hinausgeschoben wird. Es wird daher bei vielen Paaren nur noch ein Kind geboren oder auf Kinder gänzlich verzichtet. Die wenigen Kinder bedeuten dann für ihre Eltern oft erhebliche Kosten. Zusätzlich schränkt der Aufwand für Erziehung und Betreuung die räumliche, zeitliche und wirtschaftliche Flexibilität der Eltern ein. Kinder stehen daher der Individualisierung und dem allgemeinen Anspruch nach Flexibilität entgegen, denn mit Kindern schränken sich die Wahlmöglichkeiten langfristig und unumkehrbar ein. Eine Folge davon ist die gesellschaftliche Akzeptanz von Kinderlosigkeit – Elternschaft hat somit ihren scheinbar naturgegebenen Charakter verloren. Andererseits sind die Ansprüche an die Elternschaft hoch. Durch die Pädagogisierung der Gesellschaft und den hohen Stellenwert von Bildung haben sich die Anforderungen und Ansprüche an die Eltern als Erzieher/innen erheblich erhöht, und diesen Anforderungen kann bei einer kleinen Kinderzahl eher entsprochen werden. (Meyer 2004, S. 60–61)

Die strukturelle Rücksichtslosigkeit

Die Strukturen in Gesellschaft und Wirtschaft werden durch die fortschreitende Spezialisierung und Rationalisierung immer mehr auf die Bedürfnisse der erwerbstätigen Erwachsenen zugeschnitten und sind von ökonomischen Kosten-Nutzen-Überlegungen bestimmt. Bei den Leistungen der Familien und den Einschränkungen von Eltern durch Kinder fehlt es hingegen an Anerkennung und Unterstützung. Die strukturellen Gegebenheiten verschaffen sogar denjenigen Personen Vorteile, die auf die Kinder gänzlich verzichten. Die "strukturelle Rücksichtslosigkeit" ist ein Thema, das speziell im Zusammenhang mit örtlicher und regionaler Familienpolitik von Bedeutung ist. Gerade die von Verboten und Hindernissen



geprägten Bedingungen, auf die Familien und Kinder in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld stoßen, sind ein sichtbares Zeichen für diese Entwicklung.

(Meyer 2004, S. 60)

Demographische Entwicklung und gesellschaftlicher Wandel

Weniger Geburten und mehr alte Menschen

Die Bevölkerungsentwicklung am Übergang vom 20. ins 21. Jahrhundert ist von einer grundlegenden Änderung der Altersstruktur bestimmt. Diese wird von drei Faktoren beeinflusst:

- Rückgang der Geburtenzahlen ab den 1970er Jahren
- Zunahme der Lebenserwartung
- räumliche Bevölkerungsbewegungen in Form von Ab- bzw. Zuwanderung

Das Ergebnis ist eine Bevölkerungsstruktur mit einem zunehmenden Anteil älterer Menschen und einem sinkenden Anteil jüngerer Menschen. Diese Veränderungen sind aber nicht auf Österreich beschränkt, sie können – in unterschiedlichen Ausprägungen – in ganz Europa beobachtet werden. (Schipfer 2007, S. 658)

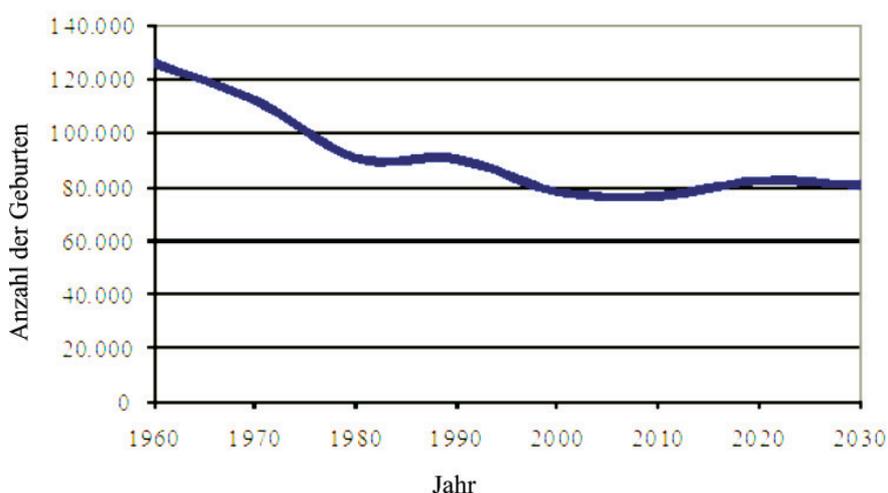
Entwicklung der Geburtenrate in Österreich

Jahr	Geburtenrate
1960	2,7
1970	2,3
1980	1,7
1990	1,5
2000	1,4
2010	1,4
2020	1,5
2030	1,5

Quelle: Statistik Austria 2001, S. 104 / Schipfer 2008, S. 5 / Hanika 2009, S. 971

Die Geburtenrate ist ein Prognosewert für die Gesamtkinderzahl einer Frau. Bei einem Wert unter 2,1 wird eine Generation von der nachfolgenden zahlenmäßig nicht mehr vollständig ersetzt.

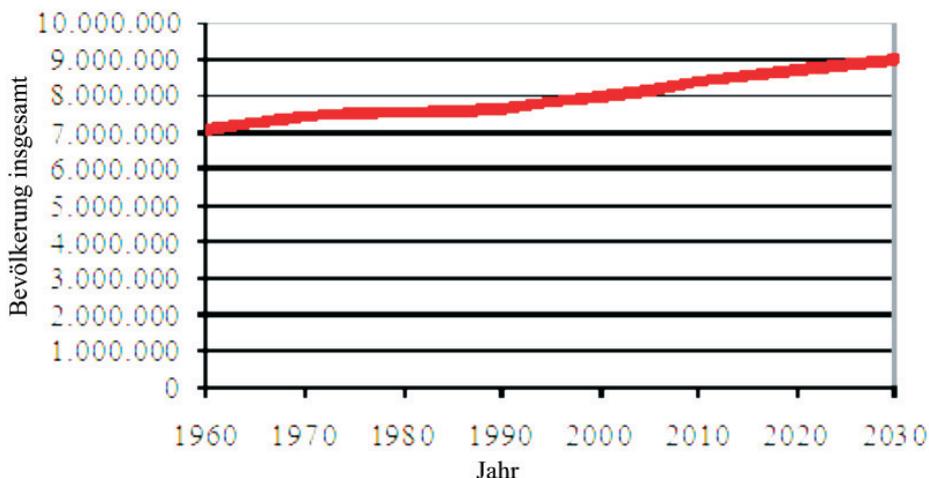
Entwicklung der Lebendgeburten in Österreich



Quelle: Schipfer 2008, S. 5 / Hanika 2009, S. 971

Für Österreich ist laut Prognosen trotz rückläufiger Geburtenzahlen durch die Zuwanderung mittelfristig ein weiteres Bevölkerungswachstum zu erwarten.

Bevölkerungsentwicklung in Österreich



Quelle: Hanika 2009, S. 974 / Statistik Austria 2010, S. 40

Es verschieben sich allerdings in den kommenden Jahren die Anteile von jungen bzw. älteren Menschen weiter in Richtung der Senior/innen. Es werden Zahl und Anteil von unter 20-Jährigen zurückgehen und von über 65-Jährigen stark zunehmen.

Bevölkerungsveränderung nach Altersgruppen

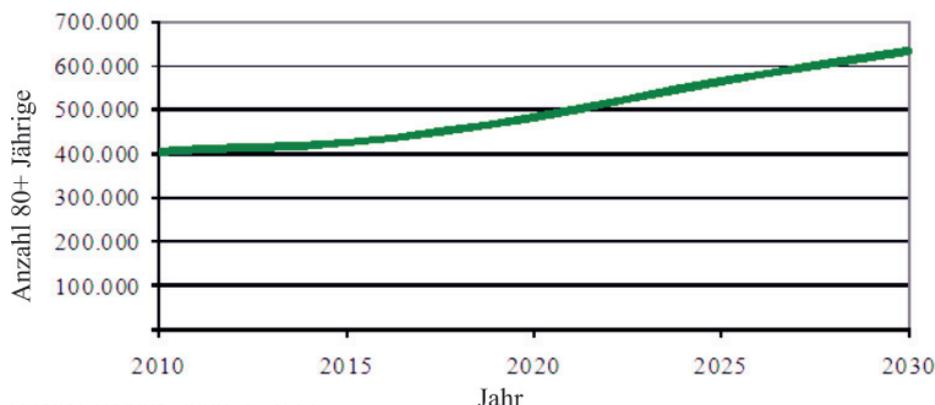
Jahr	0 - unter 20 Jahre in %	20 - unter 65 Jahre in %	65 und mehr Jahre in %
2010	20,8	61,7	17,6
2020	19,2	61,2	19,6
2030	19,0	57,1	23,8

Quelle: Hanika 2009, S. 976

Parallel zur Veränderung der Altersgruppen nimmt auch das Durchschnittsalter der Bevölkerung zu. Beträgt dies 2010 noch 41,5 Jahre, so wird es bis 2020 auf 43,3 Jahre und bis 2030 auf 44,8 Jahre steigen. (Hanika 2009, S. 976)

Am stärksten von allen Altersgruppen wird zukünftig die der betagten und hochbetagten Personen wachsen. Dabei muss man von einer Steigerung bei der Nachfrage nach öffentlichen Pflege- und Betreuungsangeboten ausgehen, denn durch den Wandel der Familienstrukturen wird das familiäre Pflege- und Betreuungspotential zurückgehen.

Veränderung der Altersgruppe der 80-jährigen und ältere Personen



Quelle: Hanika 2009, S. 977





Für die Zukunft muss mit einer weiteren Einschränkung des Unterstützungspotentials von Familien gegenüber ihren alten Angehörigen gerechnet werden. Die moderne Bildungs-, Berufs- und Freizeitwelt bringt es mit sich, dass zeitintensive Hilfeleistungen, wie beispielsweise die Pflege alter Menschen, verstärkt zur öffentlichen Aufgabe werden. (Wernhart 2008, S. 42)

Mehr Alleinstehende und weniger Paare mit Kindern

Sehr stark zunehmen wird die Zahl der Einpersonenhaushalte (2010: 36%, 2020: 39%, 2030: 40%). Gründe dafür sind die Alterung der Bevölkerung und damit im Zusammenhang die zunehmende Anzahl von Personen, die nach Verwitwung und Scheidung allein leben. (Hanika 2008, S. 1090)

Die häufigste Haushalts- bzw. Familienkonstellation sind, obwohl schon seit Mitte der 1990er-Jahre rückläufig, Ehepaare mit Kindern im Haushalt. Langfristig werden sie aber von den Ehepaaren ohne Kind(er) im Haushalt überflügelt. Dieser Trend spiegelt die gesellschaftliche Entwicklung und beruht auf dem Geburtenrückgang, der zunehmenden Anzahl an Scheidungen und der verstärkten Hinwendung zu alternativen Lebensformen. Parallel zu dieser Entwicklung wird auch die Zahl der Kinder in Familien zurückgehen. (Hanika 2008, S. 1095-1096)

Kernräume wachsen und Randgebiete schrumpfen

In Österreich wird sich die regionale Entwicklung, wie sie sich am Ende des 20. Jahrhunderts darstellte, in Zukunft fortsetzen. Wien und sein Umland werden weiterhin am stärksten wachsen, ebenso werden die anderen österreichischen Kernräume Bevölkerungsgewinne verzeichnen. Auch die rückläufigen Bevölkerungsentwicklungen werden sich in den Regionen fortsetzen, die schon bisher Bevölkerungsverluste hinnehmen mussten. Dazu gehören die Mur-Mürz-Furche, das nördliche Waldviertel, das Südburgenland, Kärnten und Osttirol sowie der Lungau. (Hanika 2006, S. 26)

Sichtbar werden diese Tendenzen, wenn man die Entwicklung von Mehrpersonenhaushalten in Österreich betrachtet. Aus den Veränderungen von Haushalten mit zwei und mehr Personen kann auch auf die Entwicklung kleinster sozialer Netze wie zum Beispiel jene der Familien, geschlossen werden. Zudem ist die Bevölkerungsentwicklung mit der Haushaltsentwicklung insofern gekoppelt, als in Regionen, in denen die Bevölkerung zunimmt, auch die Zahl der Haushalte steigt. (Hanika 2006, S. 18)

Entwicklung von Mehrpersonenhaushalten nach Bezirken bis 2031 (Indexwerte: 2001=100)

	stärkste Abnahme		stärkste Zunahme
Leoben	75	Dornbirn	125
Mürzzuschlag	79	Wien-Umgebung	124
Murau	84	Wr. Neustadt (Stadt)	124
Judenburg	84	Baden	121
Bruck a. d. Mur	85	Wien-Simmering	120
Knittelfeld	86	Korneuburg	119
Gmünd	86	Feldkirch	119
Hermagor	86	Graz	118
St. Veit a. d. Glan	90	Bregenz	118

Quelle: Hanika 2006, o.S.

In der Tabelle zeichnen sich deutlich die beiden Entwicklungstendenzen ab: In den bisherigen Problemregionen setzt sich der Bevölkerungsrückgang fort und andererseits wachsen die Städte und die Stadtumlandregionen weiter. Diese beiden gegenläufigen Trends können dabei auch unmittelbar nebeneinander auftreten. Ein Beispiel für dieses Phänomen ist die Tatsache, dass einerseits Städte oder einzelne Stadtregionen Einwohner/innen verlieren und andererseits Stadtumlandgemeinden in unmittelbarer Nachbarschaft Einwohner/innen gewinnen.

Die wirtschaftliche Basis prägt die Entwicklung

Die regionalen Bevölkerungsveränderungen werden maßgeblich von den wirtschaftlichen Gegebenheiten, den institutionellen Rahmenbedingungen, der Verkehrsanbindung bzw. Erreichbarkeit, der Nähe zu zentralen Orten und vom Wohn- und Freizeitwert der Region bestimmt. So ist Schrumpfung in peripheren und strukturell-wirtschaftlich benachteiligten Regionen festzustellen und Wachstum in städtischen Ballungsräumen und entlang von Verkehrsadern. (Schipfer 2005, S. 15)

Fertilität und das Familiennetzwerk

Im Verlauf des 20. Jahrhunderts wurden regionale Fertilitätsunterschiede sichtbar, die Auswirkungen auf die Tragfähigkeit der familialen Netzwerke haben. Hier zeigt sich eine klare Differenz zwischen Stadt und Land: Mit der Größe der Gemeinde nimmt sowohl die Zahl lebender Angehöriger als auch der Anteil älterer Menschen mit zumindest einem eigenen Kind bzw. Enkelkind kontinuierlich ab. Am deutlichsten zeigt sich der Unterschied, wenn man Wien und Gemeinden unter 2000 Einwohnern gegenüber stellt. Die durchschnittliche Anzahl lebender Familienangehöriger beträgt in Wien etwa fünf Personen, in Kleingemeinden hingegen circa zehn Personen. Dort hatten Ende des 20. Jahrhunderts vier Fünftel der älteren Menschen zumindest ein lebendes Kind, in Wien dagegen nur etwas mehr als drei Fünftel (Kytir 2000, S. 218). Die familialen Netzwerke werden weitmaschiger während in der Gesellschaft die Zahl älterer und betagter Menschen steigt. Die sozialen Netzwerke der Mehrgenerationenfamilien verlieren damit zunehmend ihre Tragfähigkeit. Kleiner werdende Familien und kinderlose Lebensformen führen dazu, dass die Unterstützung und Förderung außerfamilialer Netzwerke immer wichtiger wird, denn die Zahl älterer Menschen ohne Kinder bzw. Enkel wird steigen. (Schipfer 2005, S. 14)

Aspekte von Familienpolitik

Was ist Familienpolitik

Die Veränderungsprozesse in der Gesellschaft im Verlauf des 20. Jahrhunderts haben dazu geführt, dass die Familien auf allen Ebenen des Staates ins Zentrum der Politik gerückt sind. Familienpolitik ist mittlerweile ein Politikbereich, der in der öffentlichen Wahrnehmung sehr weit vorne gereiht ist und beispielsweise in den Medien laufend thematisiert wird. Was aber ist "Familienpolitik"?

Familienpolitik versucht auf die sozialen, ökonomischen, infrastrukturellen und gesellschaftlichen Lebensbedingungen der Familien einzuwirken und beeinflusst damit auch die Familienstrukturen und die Leistungsfähigkeit von Familien. Familienpolitik bezieht sich schwerpunktmäßig auf die Eltern-Kinder-Konstellation. (Wingen 1997, S. 19)





Familienpolitik in Österreich

Familienpolitik gibt es einerseits als einen eigenständigen Politikbereich, ein Familienministerium wurde erstmals 1983 eingerichtet. Andererseits ist Familienpolitik ebenso als Querschnittsmaterie zu sehen, die in andere Politikbereiche hineinwirkt bzw. von ihnen beeinflusst wird. Man braucht sich hier nur die Wechselwirkungen zwischen Familie und Schule vergegenwärtigen, obwohl beide Bereiche in getrennten Ressorts angesiedelt sind. Es werden somit durch Maßnahmen sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene in Politikfeldern wie Sozialpolitik, Gesundheitspolitik, Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik, Verkehrs- und Infrastrukturpolitik, Umweltpolitik, Frauenpolitik, Jugendpolitik, etc. Rahmenbedingungen geschaffen, die auf Familien wirken. Die Auswirkungen, die gleichermaßen positiv wie auch negativ sein können, werden am deutlichsten im unmittelbaren Lebensumfeld der Familien, in den Gemeinden, sichtbar. Die Auswirkungen solcher Maßnahmen in anderen Politikfeldern auf Familien sind meist unbestimmt und familienrelevante Effekte sind oft nicht beabsichtigt und nicht bedacht. Die Auswirkungen können die Lebensbedingungen von Familien trotzdem sehr stark beeinflussen und sehr folgenreich sein. Eine sensible und bewusste Familienpolitik in Gemeinden und Regionen kann gerade in diesen Bereichen vieles sichtbar machen und als Ortungssystem für die Auswirkungen von "ungewollt" familienrelevanter Politik dienen. Andererseits ist die örtliche Familienpolitik dadurch auch besonders gefordert. (Vaskovics 2002, S. 123)

Nachhaltigkeit in der Familienpolitik

Ein Terminus, der immer mehr Gewicht in der politischen Diskussion gewinnt, ist die Nachhaltigkeit. Gerade im Zusammenhang mit Familien ist dieses Thema sehr aktuell, denn sowohl Familienpolitik als auch Nachhaltigkeit sind geprägt von Langfristigkeit und beide tragen den Generationenaspekt in sich. Der Grundsatz der Nachhaltigkeit geht davon aus, dass die Generation, die aktuell Wirtschaft und öffentlich-gesellschaftliches Leben prägt, die politischen Entscheidungen so treffen soll, dass nachfolgende Generationen einen maximalen Handlungsspielraum zur Umsetzung ihrer eigenen Vorstellungen haben und nicht von Entscheidungen der vorherigen Generationen präjudiziert sind. Nachhaltige Familienpolitik geht konkret von dem Grundsatz aus, dass die zukünftigen Generationen die gleichen Chancen zur Gestaltung eigener Lebensvorstellungen und Ziele haben sollen, wie die jetzt aktive Generation. (Bertram et al. 2005, S. 6)

Die Ebenen der Familienpolitik

Durch die unterschiedlich geregelten Kompetenzen ist die Familienpolitik in Österreich ein Politikbereich, der die drei Ebenen der politischen Repräsentanz tangiert: Bund, Länder und Gemeinden. Auf Bundesebene ist Familienpolitik seit Jahrzehnten institutionalisiert. Auch auf Länderebene ist eine aktive Familienpolitik seit Mitte der 80-er Jahre geübte Praxis. Was die Gemeinden betrifft, ist das Bild heterogener. Kommunale Familienpolitik tritt aber immer stärker ins Bewusstsein und immer mehr Gemeinden werden sich der Herausforderungen und Potentiale in diesem Bereich bewusst. (Vgl. Höffinger 1999, S. 497 ff.)

Rechtliche Rahmenbedingungen

Die Grenzen innerhalb derer sich kommunale und regionale Familienpolitik bewegen kann, zeigen die rechtlichen Rahmenbedingungen, die in Österreich gelten. Die Kompetenzverteilung in der Rechtsordnung zeigt die Gestaltungsmöglichkeiten der Gemeinden bei der Familienpolitik im Vergleich zu Bund und Ländern. Bundeskompetenz ist die Bevölkerungspolitik,

soweit sie die Gewährung von Familienbeihilfen und die Schaffung eines Lastenausgleiches im Interesse der Familie zum Gegenstand hat. Bundeskompetenz in der Grundsatzgesetzgebung und Landeskompetenz in der Erlassung von Ausführungsgesetzen sowie in der Vollziehung sind Mutterschafts-, Säuglings- und Jugendfürsorge. Ausschließlich Landessache sind Gesetzgebung und Vollziehung im Bereich von Kindergarten- und Hortwesen. Den Gemeinden bleibt somit im Bereich der Familienpolitik als Gestaltungsraum die Durchführung von privatrechtlichen Aktivitäten (z.B. Förderungsvergabe, Informationsarbeit etc.), sowie die Schaffung von Angeboten der Kinderbetreuung bzw. der Senior/innenbetreuung (im Bereich der Sozialhilfverbände). (Schipfer 2005, S. 17–18)

Politik trifft Alltag

Gerade die Gemeinden bilden für die Bürger/innen die Plattform, auf der sie Politik unmittelbar und nahe erleben und ihre Vorstellungen einbringen können. Familien leben nicht im luftleeren Raum, sondern in realen Umgebungen. Kaum etwas prägt die familiäre Wirklichkeit mehr als das Gemeinwesen und die Wohnumwelt, in der die Familien ihr Leben gestalten (Dienel 2002, S. 139).

Städte und Gemeinden sind als Personenverbände und territoriale Gebilde historisch gewachsene Einheiten zur unmittelbaren Bewältigung sozialer und infrastruktureller Herausforderungen. In den Gemeinden kann am unmittelbarsten auf die politische Willensbildung Einfluss genommen werden. In den Orten und Regionen trifft die Politik direkt auf den Alltag der Menschen und umgekehrt. Deshalb sind die Herausforderungen an Städte und Gemeinden im Zusammenhang mit den zukünftigen Entwicklungen in Staat und Gesellschaft wie z.B. dem demographischen Wandel sehr groß, denn in ihnen findet das Alltagsleben der Menschen statt, ihnen obliegt die unmittelbare öffentliche Daseinsvorsorge, sie sind Orte des zivilgesellschaftlichen Engagements. (Schipfer 2007, S. 662–663)

Familienpolitische Handlungsfelder

Die wichtigsten Handlungsfelder der örtlichen und regionalen Familienpolitik sind im strukturellen Bereich angesiedelt. In den Gemeinden stehen speziell die Schaffung, die Absicherung und die Weiterentwicklung eines familienfreundlichen Lebensumfeldes im Mittelpunkt. In vielen Bereichen geht der Bedarf zurück wie beispielsweise bei Schulen und Kinderbetreuung (abgesehen vom erhöhten Bedarf durch den Gratis-Kindergarten), in anderen hingegen weitet er sich aus wie etwa bei Pflege und Altenbetreuung. Gleichzeitig verändern sich die finanziellen Handlungsspielräume.

Eine große Herausforderung für die kommunale Familienpolitik ist die Vereinbarkeit der beiden zentralen Lebensbereiche der Menschen, nämlich von Familie und Erwerbstätigkeit. Das bedeutet konkret die Unterstützung und Entlastung von Familien durch Aufbau und Absicherung einer sozialen Infrastruktur, die vordringlich an den Bedürfnissen und Wünschen erwerbstätiger Eltern orientiert ist. (Jordan, Hensen 2006, S. 61)

Politik für die Generationen

Kommunale Familienpolitik hatte bislang vor allem Kinder, Jugendliche und ihre Eltern im Blickfeld. Die durch den demographischen Wandel zunehmend wachsende Bevölkerungsgruppe der betagten und hochbetagten Menschen findet dagegen noch wenig Beachtung in familienpolitischen Aktivitäten und Diskussionen. Vor dem Hintergrund der Betreuungs- und Pflegeproblematik muss sich kommunale Familienpolitik zunehmend als





Generationenpolitik verstehen. Damit verbunden ist vor allem eine Auseinandersetzung mit den Bedürfnissen von erwachsenen Kindern mit pflege- und betreuungsbedürftigen Eltern. (Jordan, Hensen 2006, S. 68)

Der Gegensatz zwischen Stadt und Land

Für die umfangreichen und zugleich unterschiedlichen Herausforderungen, denen die örtliche und regionale Familienpolitik gegenüber steht, gibt es allerdings keine Patentlösungen. So differenziert wie die verschiedenen Gemeinden werden auch die Antworten auf die regionalen Herausforderungen und Bedürfnisse sein müssen. Das ist ein Zeichen für die Wichtigkeit einer regionalen und örtlichen Familienpolitik, weil mit diesen Differenzen oft völlig unterschiedliche Bedürfnisse der Familien verbunden sind, beispielsweise in der Kinderbetreuung, bei Freizeitangeboten etc. So zeigt sich, dass das Leben in Städten und städtisch geprägten Regionen in bestimmten Altersgruppen zu Lebensentwürfen und Formen der sozialen Beziehungen führt, die ganz anders ausgeprägt sind als beispielsweise in ländlichen Regionen. Diese Unterschiede zwischen Lebensformen und den Formen privater Lebensführung sind zwischen Stadt und Land teilweise erheblich und bedingen auch völlig unterschiedliche Antworten. (Bertram 1996, S. 215)

Familie als Standortfaktor

Eine leistungsfähige örtliche und regionale Sozialstruktur mit einem ausgewogenen Generationenverhältnis stellt eine profunde Planungsgrundlage für ein zukunfts- und gemeinwesenorientiertes Handeln dar. Deshalb sind Familien für die kommunale und regionale Entwicklung von großer Bedeutung. So profitieren Betriebe und Investoren von einem stabilen lokalen Nachfragepotential und vom Arbeitskräftepotential, das durch die Familien geschaffen wird. (Dienel, Schnieders 2005, S. 93) Die Schaffung eines familiengerechten Umfeldes hat somit für Gemeinden und Regionen strategische Bedeutung. Familienfreundlichkeit erweist sich dabei als Standortfaktor für Gemeinden. Beispielsweise können durch gezielte Verbesserung der örtlichen Lebensbedingungen für Familien positive Impulse für Zuwanderung gesetzt werden. Dazu gehört die Bereitstellung einer familienfreundlichen Infrastruktur wie Kindergarten, Schule, familiengerechter Wohnraum, Freizeitangebote, Kultur- und Sporteinrichtungen. (Dienel 2002, S. 140–141)

Familie und Wirtschaftsentwicklung

Prosperierende Regionen mit wachsenden Personen- und Haushaltszahlen entwickeln zumeist eine positive wirtschaftliche Dynamik. Man kann davon ausgehen, dass eine stabile bzw. eine positive Bevölkerungsentwicklung in einer Region auch zu einer optimistischen Zukunftssicht mit geburtenförderlicher Wirkung führt – und umgekehrt. Geht man davon aus, dass das Humankapital der Menschen eines Landes, einer Region oder einer Gemeinde die Wirtschaftsentwicklung und Innovationsfähigkeit beeinflusst, dann wirkt sich die Schrumpfung des Arbeitskräftepotentials negativ auf dessen Quantität aus. Bei Schrumpfung besteht somit immer die Gefahr, dass in Folge des Bevölkerungsrückgangs die wirtschaftliche Entwicklung nachlässt. (Gruescu 2005, S. 4)

Familie ist ortsgebunden

Familien sind sehr stark an den Wohnort gebunden. Das ergibt sich einerseits durch die von Kindern ausgehenden Bindungen an Schule, soziale Netzwerke, usw. Weiters sind bei Familien mit kleinen Kindern aufgrund

der oft eingeschränkten Erwerbssituation und der Wohnraumbeschaffung meist die finanziellen Handlungsspielräume sehr begrenzt. Sie sind daher längerfristig an den Wohnort gebunden und haben damit auch ein Interesse an der positiven Entwicklung des Lebensumfeldes. Diese Identifikation mit der Gemeinde kann die Kommunalpolitik durch transparente Ziele und durch die Einbindung der Bürger/innen bei der Entwicklung von Leitbildern und Maßnahmen in den Bereichen Kinder- und Familienfreundlichkeit gezielt verstärken. (Schipfer 2005, S. 17–18)

Ein eigener Weg für jede Gemeinde

Ausgehend von den sehr unterschiedlichen Ausgangsbedingungen in den einzelnen Gemeinden bestimmen jeweils die konkreten Erwartungen der Familien vor Ort Inhalt und Schwerpunkte der kommunalen Familienpolitik. In industriell geprägten Gemeinden könnten so etwa Umweltfragen gegenüber Fragen der Versorgung mit Kindergartenplätzen stärker ausgeprägt sein. In einer ländlich geprägten Gemeinde könnten demgegenüber Fragen der Mobilität oder der Nahversorgung im Vordergrund stehen. In anderen Gemeinden wiederum sind möglicherweise Fragen des generationengerechten Wohnens oder flexibler Nutzungskonzepte für Infrastrukturangebote von großer Bedeutung. Wesentlich ist, dass in jeder Gemeinde Kommunalpolitik und Familien gemeinsam ihre Wege und Ziele definieren und Perspektiven für die Zukunft entwickeln.

Literatur

Familienentwicklung und Haushaltsstrukturen.

In: Städte und Regionen. Räumliche Folgen des Transformationsprozesses. Bertram, Hans. Strubelt, Wendelin u.a. (Hg.). S. 183–216. Opladen 1996

Die multilokale Mehrgenerationenfamilie.

In: Blickrichtung Familie. Vielfalt eines Forschungsgegenstandes.

Bertram, Hans. Feldhaus, Michael u.a. (Hg.). S. 15–32. Würzburg 2003

Nachhaltige Familienpolitik. Zukunftssicherung durch einen Dreiklang von Zeitpolitik, finanzieller Transferpolitik und Infrastrukturpolitik.

Bertram, Hans; Rösler, Wiebke; Ehlert, Nancy. Berlin 2005

Familienpolitik. Eine praxisorientierte Gesamtdarstellung der Grundlagen, Handlungsfelder und Probleme.

Dienel, Christiane. Weinheim 2002

Erfolgsrezept kommunale Familienpolitik. Das Beispiel Emsland.

In: Abwanderung, Geburtenrückgang und regionale Entwicklung. Ursachen und Folgen des Bevölkerungsrückgangs in Ostdeutschland.

Dienel, Christiane; Schnieders, Günther. Dienel, Christiane (Hg.). S. 93–111. Wiesbaden 2005

Nachhaltige Familienpolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 23-24.

Gruescu, Sandra; Rürup, Bert. S. 3–6. 2005

Aktualisierung der regionalisierten ÖROK - Bevölkerungs-, Erwerbstätigen- und Haushaltsprognose 2001 bis 2031. Teil 2, Haushalte.

Hanika, Alexander. Wien 2006





Zukünftige Bevölkerungsentwicklung Österreichs 2009 bis 2050 (2075).
Neue Bevölkerungsprognose für Österreich und die Bundesländer. In:
Statistische Nachrichten, 11.

Hanika, Alexander; Klotz, Johannes; Marik-Lebeck, Stephan. S. 963-985.
2009

Vorausschätzung der Privathaushalte und Familien Österreichs bis 2050.
Neudurchrechnung 2008. In: Statistische Nachrichten, 12.

Hanika, Alexander. S. 1086-1101.

Kommunale Familienpolitik. In: Handbuch Kommunale Familienpolitik. Ein
Praxishandbuch für mehr Familienfreundlichkeit in Kommunen.

Jordan, Erwin; Hensen, Gregor. Schmidt, Nora (Hg.). S. 60-68. Berlin
2006

Familiennetzwerke und familiäre Lebensformen älterer Menschen:
Ausgewählte Aspekte für Österreich. In: Das Alter im Spiel der Generatio-
nen. Historische und sozialwissenschaftliche Beiträge.

Kytir, Josef. Ehmer, Josef u.a. (Hg.). S. 210-228. Wien 2000

Die Familie in demographischen Wandel. In: Herausforderung demographi-
scher Wandel.

Meyer, Thomas. Frevel, Bernhard (Hrsg.). S. 58-74. Wiesbaden 2004

Sozialgeschichtlicher Wandel von Ehe und Familie in differenzierungstheore-
tischer Sicht. In: Bildung und Gesellschaft im Wandel. Bilanz und Perspek-
tiven der Erziehungswissenschaft.

Nave-Herz, Rosemarie. Scholz, Wolf-Dieter (Hg.). Oldenburg 1999

Wandel der Familie: eine familiensoziologische Perspektive. In: Familien-
psychologie im Aufwind. Brückenschläge zwischen Forschung und Praxis.

Nave-Herz, Rosemarie. Schneewind, Klaus A. (Hg.). S. 19-31. Göttingen
2000

Familien heute. Sieben Typen familialen Zusammenlebens. In: Televizion,
14.

Petzold, Matthias. 2001

Der Wandel der Bevölkerungsstruktur in Österreich. Auswirkungen auf Re-
gionen und Kommunen.

Schipfer, Rudolf Karl. Wien 2005

Der demographische Wandel: Überalterung und Schrumpfung. Entwick-
lung und Perspektiven für Österreichs Gemeinden. In: Wirtschaftspolitische
Blätter, 4.

Schipfer, Rudolf Karl. S. 657-668. 2007

Familien in Zahlen 2007. Aktualisierung 2008

Schipfer, Rudolf Karl. Wien 2008

Demographisches Jahrbuch 2000.

Statistik Austria (Hg.). Verlag Österreich. Wien 2001

Statistisches Jahrbuch Österreichs 2010.

Statistik Austria (Hg.). Verlag Österreich. Wien 2009

ÖVP, SPÖ und die Familie. Eine Analyse der Grundsatzprogramme von 1975 bis 1988. In: Familienpolitik. Nationale und internationale Perspektiven.

Schipfer, Rudolf Karl. Tazi-Preve, Irene Mariam (Hg.). Wien 2008

Familienpolitik und familienrelevante Politik als Kontextbedingungen für Familienentwicklung und -strukturen. In: Familienpolitik und Familienstrukturen. Ergebnisse der gemeinsamen Jahrestagung der Dt. Gesellschaft für Bevölkerungswissenschaft und der Johann-Peter-Süßmilch-Gesellschaft für Demographie.

Vaskovics, Laszlo A. Dorbritz, Jürgen u.a. (Hg.). S. 121–126. Wiesbaden 2002

Drei Generationen - eine Familie. Austauschbeziehungen zwischen den Generationen aus Sicht der Großeltern und das Altersbild in der Politik.

Wernhart, Georg; Kaindl, Markus; Schipfer, Rudolf Karl; Tazi-Preve, Mariam. Studienverlag (Hg.). Innsbruck, Wien, Bozen 2008

Familienpolitik. Grundlagen und aktuelle Probleme.

Wingen, Max. Bonn 1997

